

Befürworter akzeptieren den Schlichterspruch

Ministerpräsident Stefan Mappus hatte die Schlichtung initiiert und den Vorschlag der Grünen aufgenommen, Bundesminister a.D. Dr. Heiner Geißler als Schlichter für den Streit um das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm einzusetzen. Die Faktenschlichtung hat sich bewährt. Die Arbeit hat eine neue Sachlichkeit in die Debatte um Stuttgart 21 gebracht: Während der acht Fachschlichtungstermine haben sich Projektbefürworter und -kritiker insgesamt 68 Stunden intensiv ausgetauscht. Das Engagement von Dr. Heiner Geißler war ein Glücksfall für unser Land und die Menschen in Baden-Württemberg. Am 30. November 2010 teilte Dr. Geißler seinen Schlichterspruch mit.

Alle an den Tisch, alles auf den Tisch!

Dr. Heiner Geißler lud alle Projektkritiker und -befürworter dazu ein, im Rahmen der Schlichtung ihre Argumente auszutauschen. Das Schlichtungsverfahren stand unter der von MP Stefan Mappus ausgegebenen Parole: Alle an den Tisch, alles auf den Tisch. „Dieser Faktencheck ist weitestgehend gelungen – angesichts der Komplexität des Problems fast ein Wunder“, betonte Dr. Geißler in seinem Schlichterspruch.

Die Teilnehmer der Schlichtungsgespräche seien sich auf Augenhöhe begegnet. Das bestätigten auch die Projektkritiker. Es sei gelungen, ein faires Gegenüber herzustellen. Dr. Geißler dazu: „Die Bereitschaft der Landesregierung, hier mitzumachen, kann auch als Gegenbeweis der weit verbreiteten Meinung gelten, die da oben machen, was sie wollen.“

Er sagte weiter: „Die Schlichtung ist ein neues Projekt unmittelbarer Demokratie mit großer Transparenz.“ Dazu trug auch die Übertragung im Internet und im Fernsehen bei.

Dr. Heiner Geißler empfiehlt den Weiterbau von Stuttgart 21

„Dennoch halte ich die Entscheidung, S21 fortzuführen, für richtig“, sagte Dr. Heiner Geißler, forderte aber zugleich Nachbesserungen, die er mit allen Teilnehmern der Schlichtung vereinbarte:

- Die durch den Gleisabbau frei werdenden Grundstücke in der Stuttgarter Innenstadt werden einer Stiftung überführt, um sie Immobilienspekulationen zu entziehen.
- Im Schlossgarten werden nur kranke Bäume gefällt. Gesunde Bäume sollen versetzt werden.
- Die Gäubahnstrecke (sog. Panoramastrecke) in Stuttgart bleibt erhalten und wird leistungsfähig an den Tiefbahnhof angebunden. Sie sollte still gelegt werden.
- Im neuen Bahnhof werden die Verkehrssicherheit und der Brandschutz weiter verbessert.
- Die Bahn AG weist in einem Stresstest nach, dass der neue Bahnhof 30 Prozent mehr Zugfahrten in Spitzenzeiten leisten kann. Andernfalls sind Ergänzungen der Infrastruktur vorzunehmen. Bislang war geplant, 30 Prozent mehr Zugfahrten über den Tag hinweg und nicht in der Spitzenstunde zu realisieren.

Reaktionen der Befürworter

Wir respektieren und akzeptieren den Schlichterspruch. Sowohl die Bahn als auch die Stadt Stuttgart haben zugesagt, die von Dr. Geißler angesprochenen Verbesserungsvorschläge zu prüfen und möglichst umzusetzen.

Ministerpräsident Stefan Mappus: „Ich danke Dr. Geißler für seine Arbeit, mit der Maßstäbe weit über Stuttgart hinaus gesetzt worden sind. Ich sage zu: Die Vorschläge von Herrn Dr. Geißler werden wir unverzüglich aufnehmen und ihre Machbarkeit mit Hochdruck prüfen.“

Zukunftsprojekt Stuttgart 21: **Wir haben Respekt vor der Schlichtung!**

ARGUMENTE FÜR S21

Ministerin Tanja Gönner*: „Heiner Geißler hat sich klar für den Weiterbau ausgesprochen. Allerdings hat er den Befürwortern Aufgaben gestellt, die auch gewisse Herausforderungen darstellen.“

Bahnvorstand Dr. Volker Kefer*: „Das Ergebnis erleichtert uns ein Stück weit. Aber jetzt werden wir erstmal analysieren, was der Schlichterspruch von Heiner Geißler für die Bahn bedeutet.“

Reaktionen der Kritiker

Die Kritiker respektieren offensichtlich den Schlichterspruch nicht ausreichend. Besonders die Grünen haben sich schnell von den Schlichtungsergebnissen verabschiedet und rufen zu neuen Demonstrationen auf.

Winfried Kretschmann (Grüne)**: „Wir sind ein Teil des Aktionsbündnisses und werden die Demonstrationen weiter mit organisieren.“

Brigitte Dahlbender (BUND)*: „Wir werden uns weiter für K21 einsetzen. Das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht.“

Erklärung des Aktionsbündnisses: „Wir bleiben bei unserer Überzeugung, dass K21 das bessere Projekt ist und werden uns auch weiter dafür einsetzen. Diesen Willen werden wir mit einer wie immer friedlichen Großdemo am 11.12. zum Ausdruck bringen.“

Einige Pressestimmen

Oliver Santen, Bild¹: „Alle Fakten kamen auf den Tisch und es wurde sachlich gestritten. Das war gelebte Demokratie.“

Peter Weißenberg, Schwäbische Zeitung²: „Das Klischee „Bürger gegen die da oben“ ist also inhaltlich nicht mehr zu halten. Die Gegner sollten es nicht mehr strapazieren. Wer aktiv an der Schlichtung teilnimmt, sollte nun auch mitgestalten, statt nur dagegen zu sein.“

Stefan Dietrich, FAZ¹: „Der zivilisiert ausgetragene Streit hat die emotional aufgeheizte Atmosphäre abgekühlt und dem Argument wieder Geltung verschafft.“

Gabriele Renz, Süddeutsche Zeitung²: „Doch die Klarstellung war nötig, dass nicht alle demokratischen Verfahren durch Trillerpfeifen ausgehebelt werden können.“

Sven Geyer, Frankfurter Rundschau²: „Doch die Grünen haben sich entschieden, auf Anti-Kurs zu bleiben.“

Andreas Böhme, Südwestpresse²: „Nur wenige Stunden nach dem Schlichterspruch hat der Protestkonzern ´Robin Wood´ im Namen zahlreicher Gruppierungen erklärt, dass ihn der Schlichterspruch nicht schert. Ein Narr, wer anderes gehofft hatte. Die Befürworter hingegen haben dazugelernt.“

Thomas Schmid, Die Welt¹: „In einer Demokratie geht es (...) um Verfahrenssicherheit, die einer Republik fast heilig sein muss. Die Gegner von S21 meinten, es sei möglich, sich qua per Volksbewegung über ein jahrelang ordentlich betriebenes Verfahren hinwegzusetzen. Dazu hat Geißler klar und deutlich nein gesagt.“

Hans-Hermann Tiedje, Bild²: „Wer jetzt noch weitermacht, als habe es keinen Schlichterspruch gegeben, verletzt entweder die Regeln von Anstand und Rechtsstaatlichkeit oder er ist nur der nützliche Idiot für Leute, die einen anderen Staat wollen.“

Respekt vor der Schlichtung!

Wir fordern alle Teilnehmer der Schlichtungsgespräche dazu auf, den Schlichterspruch zu akzeptieren. Die Schlichtung einzufordern, um anschließend das Ergebnis durch Demonstrationen abzuwerten, ist nicht demokratisch. Wer ernsthaft an mehr Bürgerbeteiligung interessiert ist, muss den Schlichterspruch annehmen.

Quellen: *) Bild Stuttgart, 1. Dezember 2010, **) Stuttgarter Zeitung, 1. Dezember 2010, ¹) 1. Dezember 2010, ²) 2. Dezember 2010